



Ex-Bundeskanzlerin Angela Merkel / picture alliance / picture alliance/dpa | Bernd Thissen

Serie: Corona-Aufarbeitung

Teil 1: Die Suche nach den Ursachen der gesellschaftlichen Spaltung

Corona war die größte Krise seit dem Zweiten Weltkrieg. Kein Vergleich war zu drastisch. Woher aber kam die Energie, welche die Pandemiepolitik befeuert hat? Teil 1 einer fünfteiligen Serie des Mediziners Matthias Schrappe.

VON MATTHIAS SCHRAPPE am 27. Dezember 2025 10 min



0:00 / 0:26



Aus infektiologisch-epidemiologischer Sicht darf die Corona-Krise als weitgehend geklärt angesehen werden, auch wenn der Streit über fachliche Basisprinzipien immer noch anhält. Aber ganz im Gegensatz dazu sind die gesellschaftlichen Voraussetzungen und Folgen keinesfalls aufgearbeitet. Im Mittelpunkt steht dabei die Frage nach der Quelle der beispiellosen gesellschaftlichen Energie, die die Mehrheit der gesellschaftlichen Subsysteme in eine bedenkliche Suboptimierung getrieben hat. Demokratisches System, Parteien, Wissenschaft, Rechtsprechung, Erziehungssystem, Gesundheitsversorgung (um nur einige zu nennen) sind weit unter ihren Möglichkeiten geblieben.

Die Verengung der Diskursräume, die Ausgrenzung von heterodoxen Meinungen und die einseitige Rezeption der Epidemie als rein virologisches Problem beraubte der Gesellschaft ihrer wichtigsten Kompetenz, nämlich auf Basis der Autonomie der Bürger im freien Austausch von Meinungen und Haltungen zur optimalen Lösung der schwerwiegenden Probleme zu gelangen.

Woher also kam die Energie, die die Pandemiopolitik befeuert hat? In einer fünfteiligen Serie mit insgesamt sechs Hypothesen geht der Mediziner Matthias Schrappe der Frage nach, was jenseits des reinen Infektionsgeschehens der Motor der vergangenen Krise gewesen sein könnte. Die ersten Hypothese setzt sich mit einer singulären Überforderung auseinander.

Die Suche nach den Ursachen der gesellschaftlichen Spaltung

Es bedarf im Grunde keiner wissenschaftlichen oder fachlichen Diskussion, wie eine Epidemie sachgerecht zu beschreiben ist, dass man beim Screening mit einer hohen Rate von falsch-positiven Ergebnissen rechnen muss, und dass man die eigenen Regeln zur Prävention befolgen sollte, gerade wenn sie aus dem eigenen Hause (dem RKI) stammen. Ebenso wenig bedarf es besonderer Expertise, um ökonomische Fehlanreize (z.B. Masken-Bestellung) und soziale Nebeneffekte (z.B. Zunahme der sozialen Spaltung gerade für Kinder) vorausszusehen – wenn man sie denn sehen will.

Demgegenüber besteht ein erheblicher Klärungsbedarf in der gesellschaftspolitischen Interpretation der Ereignisse, die insbesondere die entwickelte Welt getroffen haben, und die eine einzigartige Verkehrung der Rollen von politischer Führung, Wissenschaft und Bürgern der Gesellschaft mit sich brachten. Wie wichtig, ja sogar entscheidend dieser Klärungsbedarf ist, wird in jeder politischen Diskussion deutlich, die sich nicht nur unter Fachleuten, sondern unter Beteiligung der betroffenen Bürger abspielt. Das Thema „Corona“ spaltet die Gesellschaft weiterhin, es ist weit davon entfernt

vergessen zu sein, die Wunde ist nicht verheilt. Und dies ist ein Umstand, der sich seinerseits in den politischen Raum zurückspiegelt, wo die Polarisierung und daraus folgende Integrationsdefizite ungeahnte Wirkungen entfalten.

Lesen Sie auch



mRNA-Moratorium

„Bei der Frage der Impfnebenwirkungen steht der Elefant mitten im Raum“

Für die weitere politische Auseinandersetzung, die durchaus noch längere Zeit in Anspruch nehmen wird, ist es daher unumgänglich, ein analytisches Verständnis der Geschehnisse zu entwickeln, das als Grundlage für eine zufriedenstellende Kommunikation zwischen Fachleuten, Staat und Bürgern dienen kann, im politischen Raum als Basis der eigenen politischen Identität der Diskussionspartner dient, und das Klärung schafft für die Ausbildung einer nach vorne gerichteten strategischen Kompetenz, die den „Corona-Schock“ in sinnvoller Weise aufnimmt und in zukünftige Strategien integriert.

Diese Aufgabe erscheint um so wichtiger, als dass vermutet werden kann, dass Corona – trotz seiner Einzigartigkeit – als Folge und zugleich als Vorbote tief reichender, politischer und gesellschaftlicher Umwälzungen zu sehen ist. So konnten frühe Hinweise auf die Labor-Herkunft des Virus, die ja heute als regierungsamtlich bestätigt gelten können, auf eine Militär-nahe Entstehung deuten, wodurch die Metapher „Krieg dem Virus“ eine ganz andere Konnotation à la „Krieg mit dem Virus“ erhielt. Es dürfte jedenfalls nicht zu hoch gegriffen sein, dass eine adäquate Verarbeitung der Corona-Krise eine wichtige Vorbedingung für die politische Gestaltungskraft diverser gesellschaftlicher Akteure und überhaupt eine sinnvolle zukünftige gesellschaftliche Entwicklung darstellt.

Lesen Sie auch



Corona-Aufarbeitung

„In der Enquete-Kommission spürt man das Gift in der Luft“

Im Folgenden werden daher die Erklärungsansätze systematisch dargestellt, die die Corona-Epidemie und deren gesellschaftspolitischen Auswirkungen (einschließlich der Sekundärfolgen durch die Präventionsmaßnahmen) zum Gegenstand haben. Diese Erklärungsansätze haben sich während der letzten 5 bis 6 Jahre in unterschiedlichen Diskussionszusammenhängen herausgebildet und sind in systematischer Form bislang nicht dargestellt. Das Spektrum reicht von der „Singulartitäts-These“ über identitätspolitische sowie multifaktorielle und systemtheoretische Konzepte bis hin zu Konzepten, die im Sinne einer „politischen Ökonomie“ der Pandemie politische, auch Demokratie-theoretische, und ökonomische Faktoren zusammenbringen.

Die Frage nach den tieferen Ursachen des gesellschaftlichen Unfriedens, der in Gefolge der Corona-Krise mit Händen zu greifen ist, übertrifft also die klinisch-epidemiologischen Sachverhalte bei Weitem. Notwendig ist stattdessen die Entwicklung eines Verständnisses und die Klärung von Erklärungsansätzen, die nur in enger Zusammenarbeit von Gesundheits-, Sozial- und

Wirtschaftswissenschaften herstellbar sind. Allerdings sind solche Ansätze darauf angewiesen, dass die Gesellschaft eine belastbare Bereitschaft zur Aufarbeitung zeigt.

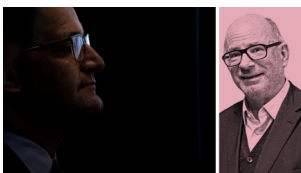
Und nicht nur die Gesellschaft als Ganzes, auch das politische System muss sich den drängenden Fragen öffnen. Denn rief man während Corona gerne die „Stunde der Exekutive“ aus, ist heute leider zu beobachten, dass sich ebendiese Exekutive bzw. die politische Szene taub stellt und den lauten Ruf der Gesellschaft nach einer schlüssigen und kritischen Aufarbeitung nicht vernehmen möchte. Zumindest die gegenwärtigen, allein parteipolitisch motivierten Manöver in der Bundestags-Enquête lassen kaum Hoffnung zu.

Katastrophale Überforderung: Die Singularitäts-These

Die Corona-Krise war ein einschneidendes, unvergessliches und einzigartiges Geschehen, darin kann kein Zweifel bestehen. Schon die Krieger-Metapher, die nicht nur der französische Präsident Emmanuel Macron, sondern auch die deutsche Bundeskanzlerin Angela Merkel in Fernsehansprachen verwendete, machte dies unmissverständlich deutlich. Es kam tatsächlich zu einer „Überwältigung“ der Entscheidungsträger, einer Reaktion, die angesichts des komplexen Geschehens einer Epidemie nicht einmal erstaunlich ist. In kürzester Zeit und unter höchstem Druck muss man nicht nur kaum zu entschlüsselnden medizinischen und epidemiologischen Entwicklungen begegnen, sondern es gibt eine hohe Zahl völlig unerwarteter Entwicklungen aus anderen gesellschaftlichen Subsystemen, die (wie man sagt) über die Entscheidungsträger hereinbrechen: plötzlich, aus heiterem Himmel, mit ungeahnter Gewalt.

In der klinischen Infektiologie werden Epidemien dementsprechend als komplexe Systeme verstanden, die anscheinend in kürzester Zeit alle Regeln außer Kraft setzen. Entsprechendes Training und Erfahrung vorausgesetzt, weiß man allerdings, dass auch dieses Geschehen durch Regeln gesteuert wird, die sich allerdings dem linearen Verständnis *actio-reactio* widersetzen. Die Konsequenz besteht darin, sich auf die entscheidenden vier Fragen zu konzentrieren und aus deren Beantwortung das primäre Krisenhandeln abzuleiten: Übertragungsweg, besonders betroffene Patientengruppen, die Möglichkeit der Übertragung durch Gesunde und der Grad der herdförmigen Ausbreitung (Cluster).

Lesen Sie auch



C+ Enquete-Kommission zur Corona-Politik

Warum wir dringend eine Amnestie brauchen

Aus unterschiedlichen Gründen konnte ein solches überlegtes Vorgehen nicht realisiert werden, mangelnde Vorbereitung und das reduzierte Verständnis der Epidemie rein aus der Perspektive des Virus verhinderten dies. Man sah es gut in der Tragödie von Bergamo, wo das „Killer-Virus wütete“, aber niemand diskutierte, dass es vor allem das zusammenbrechende Gesundheitswesen war, das seine eigenen Maßnahmenregeln längst vergessen hatte. Besonders war es die asymptomatische Übertragung durch gesunde Infizierte, die übersehen wurde, denn diese klassische infektiologische Situation hätte als Argument dienen müssen, um dringend benötigte Arbeitskräfte im Gesundheitssystem von den weitestgehend sinnlosen Kontaktnachverfolgungen in Richtung

Intensivierung der Schutzmaßnahmen für vulnerable Bevölkerungsgruppen (v.a. Altersheime) und in die Verstärkung der kurativen Einrichtungen (ambulante Versorgung, Krankenhäuser, Intensivstationen) umzulenken, mit dem Ziel, die gesundheitlichen Folgen für die kranken CoViD-Patienten abzumildern (sog. mitigation).

Es lag also tatsächlich eine komplette individuelle und gesellschaftliche Überforderung vor, die dann zum Außerkraft-Setzen aller als unumstößlich geltenden Werte und Regeln führte. Es ging rasch gar nicht mehr um das eigentliche Management der epidemischen Situation, sondern alle gesellschaftlichen Bereiche schalteten in den Krisen- bzw. Katastrophen-Modus. „Der Staat nimmt nun Eingriffe in andere Funktionsbereiche vor“, sagte der Soziologie Armin Nassehi im Spiegel-Gespräch.

Lesen Sie auch



Hypothesen zur Ursache und Lehren für zukünftige Pandemien Die Bergamo-Apokalypse

Diese These wurde in besonders eindrucksvoller Art und Weise von dem Grazer Soziologen Klaus Kraemer ausformuliert. In mehreren Darstellungen rekurriert er auf Interviews, die er in der Corona-Zeit mit politischen Entscheidungsträgern geführt hat, und die diese überwältigende Gewalt der Ereignisse schilderten. Diese Ereignisse ließen nur ein dramatisches „Handeln in Unsicherheit“ möglich erscheinen, und selbst wenn wissenschaftliche Einwände vielleicht akzeptiert wurden, erschien aus Gründen der politischen Verantwortung und politischen Durchsetzbarkeit kein Abweichen vom vorgegebenen Weg möglich.

In einer Übersichtsarbeit in *Frontiers in Sociology* definiert er „Krise“ als plötzlich auftretende, nicht gewünschte und nicht beabsichtigte Normabweichung mit klarer zeitlicher Begrenzung, die ein sofortiges Eingreifen notwendig erscheinen lässt und in der Gänze der Gesellschaft auch also solche verstanden wird („Narrativ“). Eine singuläre Krise ist von „normalen“ Krisen dadurch abzugrenzen, dass sie in einem so hohen Maße disruptiv sind, dass keine Strukturen mehr aufrecht erhalten werden bzw. unhinterfragt bleiben können, und dass sie eine tiefgreifende Unsicherheit verursachen, die tendenziell globale Auswirkungen haben kann.

Moralismus kombiniert mit Angst-getriebenen Vorgehensweisen

Durch sich verstärkende Kaskadeneffekte (sekundäre Folgen können primäre Ausprägungen übertreffen) und die Aufhebung jeglicher zeitlicher Bindung werden soziale Standards massiv verändert, und wie man es während der Corona-Krise ja überdeutlich beobachten konnte, kam es zu einem hochgradiger Isomorphismus (Gleichgestaltigkeit) gesellschaftlicher Strukturen mit Ausschaltung von heterodoxen, also differierenden Ansichten und Vorgehensweisen (Konformismus). Die ergriffenen Maßnahmen und Strategien unterliegen einer ausgeprägten Pfadabhängigkeit, können also nicht mehr verändert werden. Die politische Ebene erlangt gegenüber anderen Subsystemen der Gesellschaft, denen „normalerweise“ eine starke Mitwirkung zugesprochen wird (z.B. Ökonomie), im Sinne eines „Durchregierens“ auch unter Durchbrechung vormals für unmöglich gehaltener Grundsätze die Oberhand, mit der Folge, dass die funktionale Differenzierung von

Gesellschaften aufgehoben wird („rally around the flag“).

Auf kultureller Ebene herrscht ein starker Moralismus kombiniert mit Angst-getriebenen Vorgehensweisen, so dass es zu einer binären Umgestaltung des Diskurses kommt (es gibt nur noch falsch/richtig). Die sonst übliche „Input-Legitimierung“ durch Einhaltung allgemein akzeptierter Regeln als auch eine am Ergebnis orientierte „Output-Legitimierung“ werden abgelöst durch eine hypothetische Legitimierung, die erwünschte Ergebnisse lediglich in Aussicht stellt bzw. verspricht. Nicht nur die globalen Ausmaße sprengen alle Erfahrungen, sondern es kommt auch innerhalb von Gesellschaften zu einer Neuordnung der Raumverteilung und –zuständigkeit (Sperrung von Kinderspielflächen, Rodelbahnen und Parkbänken während Corona).

Lesen Sie auch



▶ Staatsrechtler Volker-Boehme-Neßler im Gespräch „Die Politik greift die Angst auf und verstärkt sie“

Die Singularitäts-Krise gibt eine sehr intuitive Erklärung für den Zustand, in den Gesellschaft, Handelnde und Politik durch die Krise katapultiert wurden. Die Folgen des „externen Schocks“ werden passgenau abgebildet, Parallelen zu anderen, gerade auch durch Infektionen verursachten Krisen wie der Pest oder HIV sind offensichtlich. Allerdings war es selbst unter diesen Bedingungen nicht unmöglich, definierte Teile der Gesellschaft (z.B. die Wirtschaft, insbesondere produzierendes Gewerbe) vom allgemeinen gesellschaftlichen shutdown auszunehmen, eine Rest-Steuerungskompetenz kann also nicht bestritten werden.

In der Folge orientierte sich die Diskussion vermehrt an systemtheoretischen Annahmen. Aber selbst aus dieser Richtung wurde auf das letztlich doch notwendige „Krisen-Management“ durch die Exekutive verwiesen, das letztlich sogar in Teilen erfolgreich zu sein schien. Immer wieder kommt das Argument zum Vorschein, dass es nicht allein die einzigartige Katastrophen-Situation ist, die für alles verantwortlich zu machen ist, sondern dass prä-existente Entwicklungen aufgenommen und verstärkt werden, genauso wie dass intentionale, in die Zukunft gerichtete Erklärungsmuster in den Blick zu nehmen sind.

Mehr lesen über

Corona

Pandemie

Ökonomie

Gesundheitspolitik

WHO

Bundesregierung

Diskutieren Sie mit ▼

INNENPOLITIK

Wie der Reißwolf-Staat junge Menschen zerfleddert

Die Bürger um Verzeihung bitten

Die Scharia gewinnt an Boden – mit deutscher Hilfe